

Thüringer Landtag  
Zuschrift  
6/3037

zu Drs. 6/6962

2. Neufassung



Den Mitgliedern des  
HuFA

**Gewerkschaft  
der Polizei**

Gewerkschaft der Polizei LB Thüringen e.V. Auenstr. 38 a 99089 Erfurt

Thüringer Landtag  
Haushalts- und Finanzausschuss  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt  
Thüringer Landtag

**Landesbezirk Thüringen e.V.**

Telefon: 0361 / 59895-0

Telefax: 0361 / 59895-11

E-Mail: [gdp.thueringen@gdp.de](mailto:gdp.thueringen@gdp.de)

Internet: [www.gdp-thueringen.de](http://www.gdp-thueringen.de)

Bankverbindung:

BBBank eG

IBAN: DE52 6609 0800 0000 2624 63

BIC: GENODE61BBB

THÜR. LANDTAG POST  
31.05.2019 15:03  
1237112019

Ihr Zeichen

Drs.6/6962-A.6.1/

Ihr Schreiben vom

Unser Zeichen

Datum

29. Mai 2019

**Thüringer Gesetz zur Anpassung der Besoldung und der Versorgung in den Jahren 2019  
2020 und 2021, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksachen 6/6962, 6/5481, 6/5547**

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Gewerkschaft der Polizei bedankt sich für die Möglichkeit der Stellungnahme zu dem Gesetz und den Änderungsanträgen im Namen ihrer Mitglieder.

Als wertschätzendes Zeichen sehen wir die frühzeitige Darlegung der Übernahme des Tarifiergebnisses auf die Beamten. Wir begrüßen zudem, dass ein erster Teil unserer Forderung zur Streichung der Stellenobergrenze für den mittleren Polizeivollzugsdienst im Gesetz realisiert wurde.

Neben diesen positiven Anmerkungen sehen wir weiteren wesentlichen Verbesserungsbedarf, welcher bereits 2017 klar vordefiniert im Landtag besprochen wurde und den koalitionspolitischen Zielen folgt. Hierbei sollte es wichtig sein, gerade die unteren Eingangsgruppen attraktiver zu gestalten.

Die Zulagen im § 40 Thüringer Besoldungsgesetz für den vollzugspolizeilichen Bereich sowie für den feuerwehrtechnischen Dienst und den Justizvollzugsdienst wurde nicht angehoben bzw. angeglichen, so dass eine Gleichbehandlung zu den Gruppen wie der Zulage für Verfassungsschutz nicht gegeben ist. Zudem gibt es außer der geschichtlichen Entwicklung keinen Grund der Unterschiedlichkeit der Zulagen in den einzelnen aufgeführten Bereichen. Daher ist die Landesregierung in der Pflicht wie bei der Stellenzulage für Polizei eine Einheitlichkeit herzustellen. Die gefertigten Beschlüsse aus dem Jahr 2017 können damit nur den ersten Baustein der damaligen Änderung darstellen und wurden leider von der Landesregierung nicht weiter betrachtet.

Auf Grundlage von § 40 Thüringer Besoldungsgesetz werden in der Besoldungsordnung A und B, Abschnitt II. Stellenzulage in den einzelnen Bereichen die verschiedenen Stellenzulagen festgelegt. Die genaue Höhe der Zulage regelt sich nach der Anlage 8. Unter Ziffer 3 ist u.a. der Vollzugsdienst am geringsten mit Zulage bedacht. Im Gegensatz dazu weist das fliegende Personal je nach genauer Tätigkeit und dem Amt für Verfassungsschutz eine weit bessere Zulage aus. Selbst die Tätigkeit als Fachleiter für Lehramtsanwärter wird besser vergütet. **Eine so enorme unterschiedliche Zuordnung der Stellenzulage erschließt sich nicht und kann für die genauen Tätigkeiten nicht nachvollzogen werden.** Die von uns geforderte echte Honorierung der verantwortungs- und aufopferungsvollen Arbeit dieser Bereiche für den Freistaat, das Gemeinwesen und die Bürger unseres Landes wäre mit einer Einheitlichkeit gegeben. **Auch die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage ist derzeit nur in Bayern Gesetz und sollte von Thüringen übernommen werden.**



# Gewerkschaft der Polizei

Darüber hinaus wird die Wiedereinführung des Übergangsgeldes für die oben genannten Beamten wegen der vorgezogenen gesetzlichen Altersgrenze angeregt.

Die Tarifverhandlungen der Länder haben im Tarifbeschäftigtenbereich eine soziale Komponente von mindestens 100/90/50 Euro aus den drei Jahren 2019/2020/2021 erbracht. Die Landesregierung hat sich leider nicht dazu positioniert, weshalb keine inhaltsgleiche Übernahme der Mindestsummen das Tarifiergebnis auf die Beamten erfolgt. Die Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Grüne sollten doch vor allem die Berechnungsmodelle seitens des Thüringer Finanzministeriums genauestens prüfen, so dass die veröffentlichten Werte auch Grundlage der Berechnung sein müssen. Aus diesem könnte sich ergeben, dass trotz einer Übernahme der Mindestsummen das Abstandsgebot gewahrt bleibt. Hierzu ist Transparenz im Freistaat Thüringen vor allem vom Thüringer Finanzministerium erforderlich, was bis zum heutigen Tag fehlt.

**Die fehlende Übernahme der sozialen Komponente in o.g. Höhen wirkt sich in den unteren und mittleren Besoldungsgruppen – etwa weite Teile der Verwaltung, der Polizei und des Justizvollzugs – sehr stark aus.** Ein deutliches Unverständnis wird dabei gerade im mittleren Dienst damit durchgeführt, welche die Hauptlastträger der Basisarbeit sind.

Die GdP schlägt konkrete Anpassungen der Zulagen für die Kolleginnen und Kollegen der unteren Besoldungsgruppen vor. Die Angleichung der allgemeinen Stellenzulage für Beamte der Besoldungsgruppen A6 bis A8 bzw. des mittleren Dienstes an die Zulagen der höheren Besoldungsgruppe bzw. Laufbahn wäre dabei eine geeignete Maßnahme.

Die allgemeine Stellenzulage nach Anlage 1 Abschnitt II Nr. 7 wird allen Beamten des mittleren Dienstes in Höhe der jetzigen Zulage für die Beamte des mittleren Dienstes in der Besoldungsgruppe A9 einheitlich gewährt. Aktuell erhalten Beamte des mittleren Dienstes in den Besoldungsgruppen A6 bis A 8 eine deutlich niedrigere Zulage (47,39€) als Beamte des mittleren Dienst in der Besoldungsgruppe A 9 (83,48€). Dies kann im Sinne einer sozialen Staffelung angepasst werden bzw. zusammengeführt werden, so dass keine Unterschiede bei den Einkommensgruppen bestehen.

Beide Änderungsanträge finden die Zustimmung der GdP. Das System der Obergrenzen in § 23 ThürBesG regelt bisher nicht den realen Bedarf und gerade nicht dem Prinzip der Stellenklarheit und –wahrheit. Das die Stellenausstattung im erheblichen Umfang gerade nicht der Wertigkeit der durch die Beamten zu erbringenden Tätigkeiten entsprach, wird in der Begründung klar benannt. Dem ist nichts hinzuzufügen, außer dass eine grundsätzliche Streichung der Obergrenzen erforderlich wäre.

Gerade im Hinblick auf den bundesweiten Wettbewerb um qualifiziertes Personal und die demografische Entwicklung ist es erforderlich, dass sich der öffentliche Dienst in Thüringen wieder zu einem attraktiven Arbeitgeber entwickelt und seinen Bediensteten die entsprechende Wertschätzung vermittelt. **Für die Gewerkschaft der Polizei gibt es o.g. gute Zeichen, welches damit besser an die Belegschaft gesandt werden können.**

Wir bitten um die Beachtung unserer Hinweise und Vorschläge. Für Rückfragen und Gespräche stehe ich Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Stellvertretender Vorsitzender  
Gewerkschaft der Polizei